



Rede zum

**1. MAI 2024**

*„Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit“*

**Jürgen Kerner,**

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Duisburg, 1. Mai 2024

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung nach Duisburg!

Wir sind gemeinsam im Demozug gelaufen – mir gibt das ein richtig gutes Gefühl, das Gefühl von Solidarität unserer Gewerkschaftsfamilie. Das gibt uns Kraft für unsere Aufgaben.

## **TARIFWENDE UND STREIKRECHT**

Kolleginnen und Kollegen,

das Motto zum 1. Mai 2024 lautet:

Mehr Lohn, Freizeit, Sicherheit – Tarifwende.

Mit den erfolgreichen Tarifabschlüssen im letzten Jahr haben die Gewerkschaften dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen deutlich mehr in der Tasche haben.

In Tarifrunden geht es um die Durchsetzung Eurer berechtigten Interessen. Ihr wollt zu recht einen fairen Teil vom Kuchen.

Und natürlich gehen wir in den Arbeitskampf, wenn es sein muss.

Das Streikrecht ist das im Grundgesetz verankerte Grundrecht jeder und jedes Einzelnen. Wenn wir streiken, dann tun wir das mit Fug und Recht – und zwar immer dann, wenn die Arbeitgeber sich nicht bewegen. Dann gibt es eben Druck!

Wenn Arbeitgeber jetzt Einschränkungen des Streikrechts fordern, dann fordern sie Eingriffe in die Tarifautonomie. Sie schneiden sich also auch ins eigene Fleisch!

Wir sagen: Hände weg vom Streikrecht!

Kolleginnen und Kollegen,

heuer feiern wir nicht nur 75 Jahre Grundgesetz, sondern auch 75 Jahre Tarifvertragsgesetz. Seit 1949 wurden knapp eine halbe Million Tarifverträge abgeschlossen.

Tarifverträge fördern Gleichbehandlung und Gerechtigkeit – zwischen Frauen und Männern, zwischen Ost und West, zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

Mit Tarifvertrag gibt es mehr von allem: im Schnitt 12 Prozent mehr Lohn, dazu mehr Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Auch bei Überstunden, Kurzarbeitergeld, bei der betrieblichen Altersvorsorge und vielem mehr gibt es bessere Regelungen.

Beschäftigte mit Tarifvertrag arbeiten im Schnitt eine Stunde weniger pro Woche. Das hört sich erst einmal nicht nach viel an, aber bezogen auf ein ganzes Erwerbsleben macht das ganz schön was aus: Zusammengerechnet reden wir da über ein Jahr und zwei Monate weniger Arbeitszeit.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch hier machen wir uns nichts vor. Die Arbeitgeberverbände sind Getriebene. Ihre Geschäftsgrundlage ist die Tarifautonomie. Und genau die schwächen sie selbst.

Man soll nicht an dem Ast sägen, auf dem man sitzt. Ihr kennt das Sprichwort. Aber genau das machen die Arbeitgeber.

Oft wechseln Unternehmen im Arbeitgeberverband in eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. Das sichert ihnen Beratung und Rechtsschutz, erlaubt aber Tarifflicht.

Und so mancher Verband wirbt auch noch dafür. In den letzten Jahren geht die Tarifbindung immer weiter zurück:

Inzwischen arbeiten 48 Prozent der westdeutschen und 55 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten in Betrieben ohne Tarifvertrag.

Das kommt auch der Allgemeinheit teuer zu stehen. Durch Tarifflicht und Lohndumping entgehen den Sozialversicherungen in Deutschland jährlich rund 43 Milliarden Euro an Beiträgen.

Bund, Länder und Kommunen nehmen aus demselben Grund etwa 27 Milliarden Euro weniger Einkommensteuer ein.

Die Tarifflicht wirkt sich unmittelbar auf die Kaufkraft aus: Mit flächendeckender Tarifbindung hätten die Beschäftigten rund 60 Milliarden Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie.

Da kommt ganz schön was zusammen: Für unsere Gesellschaft entsteht dadurch ein jährlicher Gesamtschaden von sage und schreibe 130 Milliarden Euro!

Danke, liebe Arbeitgeber! Das ist Euer Werk!

Unser Land braucht wieder mehr Tarifverträge und eine höhere Tarifbindung. Wir brauchen die Tarifwende!

Wir fordern die Arbeitgeber auf, ihre Verantwortung anzunehmen.

**STAHL IST ZUKUNFT**

Kolleginnen und Kollegen,

in Duisburg muss man natürlich über Stahl reden.

Duisburg ist der größte Stahlstandort Europas, mit der größten Ausdehnung an Produktionsstätten weltweit. Duisburg ist Stahlstadt.

Stahl ist eine für den Industriestandort Deutschland existenzielle Branche. Stahl steht am Beginn der Wertschöpfungskette. Stahl ist eine energieintensive Grundstoffindustrie.

Damit sind alle Herausforderungen beschrieben.

Wir brauchen die Stahlproduktion als Anfang vieler anderer Produkte – in den Mobilitätsbranchen vom Auto über die Bahn bis zum Schiff und Flugzeug, im Maschinenbau oder im Energieanlagenbau.

Wir müssen um die Stahlindustrie kämpfen, wir müssen sie in eine grüne Zukunft entwickeln.

Ende letzten Jahres hätte ich noch gesagt: Wir sind auf einem guten Weg. Robert Habeck hat das gesamte Jahr 2023 genutzt, um Förderbescheide zu verteilen. Angefangen hat es in Salzgitter und dann kam schon thyssenkrupp Steel.

Für den Bau der Direktreduktionsanlage im Duisburger Norden gibt es insgesamt eine Förderung von zwei Milliarden Euro.

1,3 Milliarden vom Bund und 700 Millionen aus NRW.

Das ist aber nicht einfach vom Himmel gefallen, Kolleginnen und Kollegen. Das ist das Ergebnis eines langen Kampfes. Und daran wird mehr als deutlich: Wir können dann etwas durchsetzen, wenn wir gewerkschaftlich gut organisiert sind.

Die Förderbescheide im Stahl sind das Ergebnis der Kampagne „Stahl ist Zukunft“, die die IG Metall jetzt mittlerweile seit 2016 durchführt. In dieser Kampagne haben sich die Kolleginnen und Kollegen immer wieder für den Umbau ihrer Industrie auf Klimaneutralität eingesetzt. Mit Aktionstagen, in Veranstaltungen, in Diskussionen in Berlin und Brüssel.

Insbesondere auf den letzten Metern, als der Förderbescheid gekürzt werden sollte, haben sich wieder einmal mehr als 10.000 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter auf die Wiese vor der Hauptversammlung gestellt.

Mit diesem Druck haben sie dafür gesorgt, dass Habeck kommen musste, sich ihnen stellen musste.

Das Ergebnis: Nichts wurde gekürzt, es bleibt bei zwei Milliarden Euro Förderung. Das ist der Beweis, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir zusammenhalten, können wir einiges durchsetzen. Nicht nur in Tarifrunden, sondern auch im politischen Bereich.

Das ist aktive Branchen- und Industriepolitik. Es geht aber nicht nur darum, wie der Staat unterstützt.

Es geht auch darum, dass die Unternehmen ihre Verantwortung übernehmen und die richtigen Entscheidungen treffen. Und damit sind wir weiter beim Stahl und auch weiter bei thyssenkrupp.

Erst gestern haben hier die Kolleginnen und Kollegen von allen Stahl-Standorten von thyssenkrupp, von der HKM und vieler anderer Betriebe die Wiese vor der Hauptverwaltung vollgemacht. Weil sie sauer sind. Zurecht.

Vor knapp drei Wochen hat das Unternehmen angekündigt, dass der Betriebspunkt, also die Menge an Stahl die pro Jahr produziert werden kann, abgesenkt werden soll.

Mehr hatten sie nicht gesagt, außer dass die Produktionsmenge von 11,5 Millionen Tonnen auf 9 bis 9,5 Millionen Tonnen sinken soll.

Und letzte Woche Freitag werden wir von der Nachricht überrascht, dass 20 Prozent von thyssenkrupp Steel verkauft sind.

Kolleginnen und Kollegen,

machen wir uns nichts vor – das wird wohl mehrere tausend Arbeitsplätze kosten.

Es gehört zur Wahrheit, dass der Stahlmarkt in den letzten Jahren in der Tat nachgelassen hat. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass grade bei thyssenkrupp in den vergangenen Jahrzehnten ein Fehler nach dem anderen gemacht wurde.

Angefangen hat alles damit, dass größenwahnsinnige Manager Milliarden in den brasilianischen Mangrovensümpfen versenkt haben.

Dann wurde über Jahre bei den Investitionen gespart und zuletzt stolpert die thyssenkrupp AG von einem halbgaren Konzept zum nächsten.

Kolleginnen und Kollegen,

Führungsstärke sieht anders aus. Auch heute sage ich klar: Es gibt rote Linien für uns, die nicht überschritten werden dürfen.

Die erste ist: Tarifverträge müssen eingehalten werden. Wir haben einen bestehenden Tarifvertrag, der Standorte und Beschäftigung bis 2026 sichert. Der muss eingehalten werden. Punkt.

Die zweite rote Linie ist: Wer denkt, er könnte diese Umstrukturierung bei thyssenkrupp mit betriebsbedingten Kündigungen realisieren, der ist falsch gewickelt. Mit uns gibt es keine betriebsbedingten Kündigungen. Nochmal Punkt.

Das dritte ist: Alle Standorte brauchen eine Zukunftssicherung über 2026 hinaus. Und wieder Punkt.

Kolleginnen und Kollegen,

es muss etwas passieren! Wir können nicht einfach die Augen verschließen. Schon in den vergangenen drei Jahren wurden nicht mehr als 9,5 Millionen Tonnen ausgeliefert. Es geht darum, das große Ganze zu retten – und in die grüne Zukunft zu führen.

Einen Kahlschlag machen wir nicht mit! Wir wollen eine Zukunft und wir haben Bedingungen.

Ich kann thyssenkrupp nur raten darauf einzugehen, denn eins ist klar Kolleginnen und Kollegen: Mit Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern legt man sich nicht an!

## **WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE UMBRÜCHE**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Gewerkschaften haben wir den Kapitalismus immer wieder gezähmt, die Arbeitsbedingungen enorm verbessert, auch die Entlohnung und – neudeutsch – die Work-Life-Balance. Und wir haben die Mitbestimmung durchgesetzt.

Ohne all die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der letzten 120 bis 130 Jahre sähe unsere Welt ganz anders aus!

Ihr Vermächtnis steht nicht nur in den Geschichtsbüchern. Ihr Vermächtnis lebt und gibt uns heute unsere Aufgaben vor.

Wir erleben einen massiven Wandel unserer Wirtschaft – durchaus vergleichbar mit der Industrialisierung im vorletzten Jahrhundert. Transformation ist das Stichwort.

Transformation getrieben

- vom notwendigen ökologischen Umbau,
- von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz,
- von geoökonomischen Entwicklungen,
- aber auch von demografischen – Stichwort Fachkräftemangel –
- und von der weiter zunehmenden Rolle der Finanzmärkte.

Ein hartes Brett! Obendrauf kam die Corona-Pandemie. Kaum war die einigermaßen im Griff, startete Russland den Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel ist die Lunte ans Pulverfass im Nahen Osten gelegt.

## **FÜR DEMOKRATIE – GEGEN RECHTS**

Das alles führt bei den Menschen verständlicherweise zu Unsicherheiten. Ich persönlich aber hätte nicht erwartet, dass so viele Menschen den Rechtsextremen auf den Leim gehen.

Ich persönlich hätte nicht erwartet, dass 75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes unsere Demokratie in Gefahr gerät, dass wir unsere Demokratie schützen müssen – vor einem antidemokratischen Bündnis der AfD mit der russischen Autokratie. Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass rechte Kreise früher Gewerkschafter und Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen, ja als Vaterlandsverräter beschimpft haben.

Wer verrät unsere Demokratie, unsere Werte, unsere Lebensweise, ja, wenn man so will, unser Land?

Es sind die Rechtsaußen und Faschisten, Kolleginnen und Kollegen!

Mich freut wirklich, dass sich so viele Menschen – Familien, Junge und Alte – für unsere Demokratie einsetzen!

Es gab in allen Regionen, in kleinen und in großen Städten, im Osten wie im Westen kraftvolle Demos für unsere Demokratie und gegen Rechtsaußen. Millionen von Men-

schen aus der Mitte der Gesellschaft haben sich aufgemacht. Bei aller unterschiedlicher Haltungen zu politischen Themen haben sie gemeinsam gezeigt: Wir lassen uns unsere Demokratie nicht nehmen!

In der Duisburger Region gab es große Demos mit Tausenden von Teilnehmern und Unterstützung der DGB-Gewerkschaften.

Die IG Metall Duisburg-Dinslaken rief zudem zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2024 zu betrieblichen Aktionen auf. Für eine Viertelstunde setzten die Beschäftigten ein Statement für das unantastbare Recht auf Menschenwürde.

Wir wollen unsere Werte von Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt und Teilhabe aller hier lebenden Menschen leben und in die Gesellschaft tragen.

Oder wie es in unserer Satzung als eine unserer Aufgaben steht: „Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen“.

## **TRANSFORMATION GESTALTEN**

Kolleginnen und Kollegen,

wenn Ihr in die Medienlandschaft schaut, dann könntet Ihr meinen, Deutschland stehe mit dem Rücken zur Wand, Deutschland sei am Ende.

Das ist falsch! Wir können unsere Zukunft gestalten!

Vor knapp fünf Jahren, noch vor Corona, hatten wir im Juni 2019 zur großen Fairwandel-Kundgebung nach Berlin aufgerufen. Über 50.000 Metallerrinnen und Metaller waren am Brandenburger Tor!

Wir haben unser Ziel formuliert: eine soziale, ökologische und demokratische Transformation unserer Wirtschaft.

Das Ziel gilt weiterhin. Corona und Russlands Krieg machen es schwieriger. Aber wir halten Kurs!

Wir haben sieben Punkte auf der Agenda:

1. Energiepreise senken für energieintensive Unternehmen, aber auch für die Menschen
2. Schuldenbremse abschaffen und öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Transformation verwirklichen



3. Forschung, Entwicklung und Produktion in Deutschland absichern – wenn die öffentliche Hand Aufträge vergibt, müssen Tarifbindung und Wertschöpfung in Deutschland zentrale Kriterien sein
4. Genehmigungen für Infrastruktur und Entwicklung von Unternehmen beschleunigen
5. Duale Ausbildung stärken, Weiterbildung viel mehr fördern, Fachkräfte sichern
6. Unternehmen in die Pflicht nehmen für Anpassung ihrer Geschäftsmodelle, Investitionen, Ausbildungsplätze, Personalplanung – gegen Verlagerungen ins Ausland
7. Sozialstaat für die Transformation stärken

Kolleginnen und Kollegen,

wenn das alles läuft, dann gestalten wir die Zukunft unserer Industriegesellschaft positiv und lebenswert. Dann entziehen wir auch den von den Rechten geschürten Ängsten die Grundlage!

### **UNTERNEHMEN: PROFIT STATT TRANSFORMATION**

Kolleginnen und Kollegen,

gleichwohl dürfen wir uns nichts vormachen. Aktuell nimmt der Druck auf unsere Beschäftigten stark zu. Das verdeutlicht unsere aktuelle Betriebsräte-Umfrage:

36 Prozent der Betriebsräte sehen das bisherige Geschäftsmodell durch die Transformation zumindest teilweise gefährdet.

Aber gerade einmal 48 Prozent dieser Betriebe mit gefährdetem Geschäftsmodell haben eine Strategie zur Transformation!

Stattdessen setzen mehr Unternehmen auf Verlagerung ins Ausland. Drei von zehn Unternehmen planen Investitionen in neue Geschäftsfelder im Ausland, nicht in Deutschland.

Die Investitionslage in Deutschland bewerten 52 Prozent mit „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Kolleginnen und Kollegen,

eine Tendenz zeichnet sich ab: Statt die Herausforderungen hier zu bearbeiten, gehen Unternehmen vermehrt den einfachen Weg und stellen Standorte und Beschäftigung in Deutschland in Frage. Sie wollen sich um die Transformation herummogeln!

In den Mittelpunkt stellen sie Kostenoptimierung und Gewinnmaximierung.

Viele Manager haben offenbar seit Jahrzehnten nichts dazugelernt. Sie machen das, was man ihnen mal im BWL-Studium eingetrichtert hat.

Sie machen aber zu oft nicht das, was für Transformation nötig ist:

- unternehmerisch-strategisch in die Zukunft denken
- in unsere Standorte investieren
- Fachkräfte ausbilden und entwickeln

Kolleginnen und Kollegen,

wer heute Arbeitsplätze abbaut, verschärft sein eigenes Fachkräfteproblem von morgen!

Das macht unsere Betriebe und Branchen kaputt! Das ist aktiv betriebene Deindustrialisierung durch Vorstände und Geschäftsführer.

Viele Arbeitgeber und ihre Verbände fahren derzeit die üblichen Geschütze gegen den Standort Deutschland auf:

Sie fordern Deregulierung, vor allem bei der Arbeitszeit, mehr Flexibilität, den Abbau von Bürokratie und so weiter.

Die Arbeitgeber greifen in ihre neoliberale Mottenkiste! Sie wollen heutige Herausforderungen mit den Werkzeugen begegnen, die schon in den 1980er Jahren nicht funktioniert haben!

Das machen wir nicht mit! Wir wollen die Industriegesellschaft von morgen gestalten – und die wollen Kosten optimieren!

**TRANSFORMATION BRAUCHT INVESTITION**

Wir halten Kurs, Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben schon immer gesagt, dass die Schuldenbremse Blödsinn ist. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müsste dies allen klar sein.

Zudem brauchen wir Investitionen in die Transformation. Die Bundesregierung hat richtige Schritte gemacht. Die sind allerdings viel zu klein.

Daher fordern wir eine Transformationskommission.

Diese soll schnell klären, was für die Transformation nötig ist und wie die Finanzierung gestemmt wird. Dazu sind wir nun mit den Bundestagsfraktionen im Gespräch.

Kolleginnen und Kollegen,

um es klar zu sagen: Wenn Deutschland die Klimaziele erreichen will, müssen wir bis 2030 unseren Ausstoß an Treibhausgasen fast halbieren.

Wir stehen zur notwendigen Transformation der Wirtschaft. Dafür sind Interventionen des Staates notwendig.

Um Deindustrialisierung zu verhindern, müssen die Wettbewerbsnachteile in Deutschland z.B. durch hohe Energiekosten ausgeglichen werden.

Darüber hinaus sind massive Investitionen in klimaneutrale Technologien und Infrastruktur notwendig, etwa Ladesäulen und Wasserstoffnetze.

Expertinnen und Experten gehen von mindestens 600 Milliarden öffentliche Investitionen aus. Und auch die Unternehmen müssen ran – mit geschätzt 250 bis 300 Milliarden Euro für Investitionen.

Das ist viel Geld, Kolleginnen und Kollegen. Aber so schaffen wir es,

- die Transformation ökologisch, sozial und demokratisch zu gestalten,
- die Abwanderung von Betrieben zu verhindern,
- Arbeitsplätze zu sichern,
- unsere bestehenden Branchen – gerade auch den Stahl – zukunftsfest zu machen und neue Industrien anzusiedeln.

Kolleginnen und Kollegen,

auf was kommt es uns an?

Ich will dies in aller Kürze auf den Punkt bringen. Unser industriepolitischer Dreisatz lautet:

1. Schuldenbremse abschaffen,
2. Investitionen anschieben,
3. Unternehmen in die Pflicht nehmen

Glück auf!